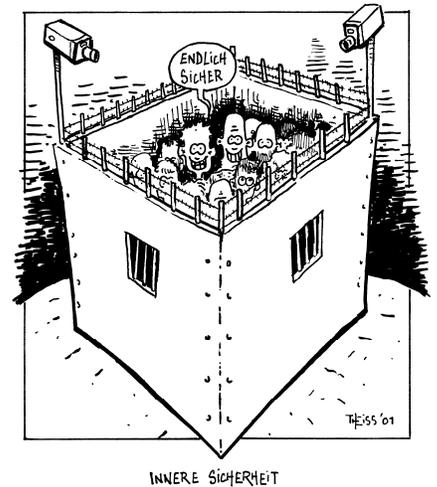


Demo gegen Polizeirepression

Warum wir gegen die Aushöhlung des Demonstrationsrechts und der Bewegungsfreiheit demonstrieren.

Um eine Demonstration gegen das WEF (World Economic Forum) zu verhindern, hat die **Polizei in Basel** am 26. Januar in der Innenstadt über 60 Personen „präventiv“ verhaftet. Der Polizeisprecher gab die Festnahme von „aus Zürich angereisten Rädelsführern“ bekannt. Verhaftet wurden aber auch Dutzende unbeteiligte PassantInnen, die die Polizei gemäss ihrem äusserlichen Erscheinen als verhaftungswürdig einstufte. Zum Beispiel eine ausländische Touristengruppe, Minderjährige, Strassenkünstler und zwei Journalisten. Politische AktivistInnen wurden im Vorfeld wochenlang observiert und Menschen absolut grundlos und ohne Erklärung für Stunden ihrer Freiheit beraubt und demütigenden „erkennungsdienstlichen Massnahmen“ unterzogen.

An der Demo gegen das WEF in Bern eine Woche zuvor hat die Polizei Hunderte Menschen verhaftet. Die Stadt befand sich in einem Belagerungszustand. Festgenommen wurden auch hier mehrere JournalistInnen. Auch in Genf, Zürich und anderen Schweizer Städten griff die Polizei in Demonstrationen gegen das WEF ein und verhaftete Dutzende von Menschen.



Diese Vorfälle sind alarmierend. Sie zeigen:

1. **Das Demonstrationsrecht wird ausgehöhlt:** Die OrganisatorInnen von bewilligten und unbewilligten Demonstrationen werden eingeschüchtert. JournalistInnen, die über Demonstrationen und Polizeieinsätze berichten wollen, werden weggewiesen oder verhaftet. Durch die gigantische Polizeipräsenz an Demonstrationen wird die politische Meinungsäusserung im öffentlichen Raum als riesige Bedrohung inszeniert. Obwohl unbewilligte Demonstrationen eine bloss „Ordnungswidrigkeit“ sind, reagiert die Polizei darauf wie bei einer Straftat und versucht, politische DemonstrantInnen in den Köpfen der Bevölkerung zu kriminalisieren.

2. **Die Bewegungsfreiheit wird ausgehöhlt:** Die Polizei ergreift unter dem Vorwand der Prävention zu immer drastischeren Mitteln, um die Bewegungsfreiheit von Menschen zu beschneiden. Ohne Rechtsgrundlage werden Jugendliche von Orten weggewiesen, AusländerInnen werden ohne Verdachtsgründe von Gebieten ein- oder ausgegrenzt, bei Grossanlässen werden Menschen, die einem bestimmten „Profil“ entsprechen, in einem weiten Umkreis verhaftet oder erhalten präventiv Hausarrest.

Das Demonstrationsrecht und die Bewegungsfreiheit werden immer kleiner, der Polizeistaat wird immer grösser. Die Euro 08 wird diese Tendenz verstärken.

Die gesamte Bevölkerung ist aufgerufen, sich gegen diese Sicherheitshysterie zu wenden und die Regierung an die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze zu erinnern.